

Bürgerinitiative Olivaer Platz e. V.

Vorschläge zur Gestaltung

Die folgenden Ausführungen sind eine aktualisierte Fassung einer der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf im Januar 2015 übergebenen Stellungnahme. Diese wiederum schloß an den am 15. Dezember 2014 der BVV übergebenen Einwohnerantrag an, der innerhalb von vier Wochen von über 2.200 Bürgern unterschrieben wurde; an die Petition mit 1.351 Stimmen von Anwohnern und Gewerbeunternehmern aus der unmittelbaren Umgebung, aus deren Kreis außerdem bereits bis zum 18. Juli 2014 rund 1000 Einwendungen gegen den ersten Entwurf zum Bebauungsplan 4 - 42 eingereicht wurden.

Aktuell strebt der Bezirk weiterhin einen Total-Umbau des Platzes an. Entgegen der früheren Planung sollen jedoch 60 Parkplätze erhalten bleiben und „multifunktional“ (die Bedeutung dieses Begriffes wurde bisher nirgends erläutert) genutzt werden.

Die Bürgerinitiative Olivaer Platz e. V. ist wie der Bezirk für einen behindertengerechten, familien-, alten- und kinderfreundlichen Platz. Wir meinen aber, dass diese Ziele möglichst kostengünstig erreicht werden müssen und die vorhandene Natur soweit möglich zu bewahren ist. Wir sind *nicht* bereit, Auto fahrende Anwohner und Gewerbetreibende auszugrenzen und ihre Interessen vorsätzlich zu mißachten.

Wir treten auf dieser Grundlage für eine bestandswahrende Renovierung ein, die den Denkmalwert des Platzes, seinen für derartige Plätze einzigartigen ökologischen Wert und seine Infrastruktur sichert und bewahrt.

Die Bürgerinitiative Olivaer Platz e. V. zeigt hier auf, in welchen Punkten Konsens zwischen der Bürgerinitiative – also den Vertretern einer bestandswahrenden Renovierung – und den Befürwortern der aktuellen Umbaupläne des Bezirksamtes besteht und an welchen Stellen die Positionen derzeit auseinander gehen oder gegensätzlich sind.

Weiterhin unterbreitet die Bürgerinitiative hier Vorschläge, wie der Platz kostengünstiger als bei einem Total-Umbau renoviert werden kann.

1 Wege

Konsens besteht über den heutigen Zustand der Wege: Sie sind überaus holprig und für Behinderte wie Nicht-Behinderte unzumutbar, außerdem führt jeder Regen zu Pfützen.

Seinerzeit wurden vermutlich aus optischen Gründen sehr unterschiedliche Materialien für die Befestigung der Wege genutzt. Diese sind in 50 Jahren unterschiedlich gealtert, einzelne Bereiche haben sich gesenkt. Durch die über Jahrzehnte unterlassene Pflege durch das Bezirksamt ist heute eine vollständige Erneuerung der Wege unerlässlich.

Dissens besteht über die Folgerung: Mit dem schlechten Zustand der Wege läßt sich ein Totalumbau des gesamten Platzes nicht begründen.

Die Bürgerinitiative schlägt vor, die vorhandenen Wege einheitlich mit einer neuen Oberfläche zu versehen.

Dabei ist es eine Frage der Kostenabwägung, ob man

a) eine befestigte Sanddecke wie im Preußenpark und im Tiergarten wählt – diese wäre heute kostengünstig, später entstehen möglicherweise höhere Unterhaltskosten – oder

b) ob die Wege ein Steinpflaster erhalten – dies mag heute teurer sein, langfristig entstehen meist geringere Kosten.

2 Behindertengerechter Zugang zur Senke

Konsens besteht darüber, dass bei der Planung des Platzes um 1960 auf die Bedürfnisse von Behinderten nicht geachtet wurde. So ist die kleine Senke im Südwestteil des Platzes nur über drei Treppen zu je vier Stufen zu erreichen.

Dissens besteht über die Folgerung: Auch mit dem nicht behindertengerechten Zugang zur Senke läßt sich ein Totalumbau des gesamten Platzes nicht begründen.

Die Bürgerinitiative schlägt vor, die vorhandenen Treppen durch normgerechte Rampen zu ergänzen und die Senke dadurch auch für Behinderte zugänglich zu machen.

Die auf dem Platz weiter vorhandenen einzelnen Stufen können völlig problemlos und kostengünstig durch Schrägen ersetzt werden.

Die Bürgerinitiative weist darauf hin, dass seinerzeit auch die Sprecherin des Behindertenverbandes in ihren der Pressemeldung beigefügten Fotos Rampen skizzierte, sie diese offenbar als taugliche und angemessene Lösung ansah.

3 Spielplatz

Konsens besteht darüber, dass der schlicht ausgestattete Spielplatz völlig vernachlässigt ist. Es gibt nur einen Zugang über eine Treppe mit einer steilen Rampe für Kinderwagen, auch innerhalb des Spielplatzes gibt es einen abgestuften Bereich. Der Spielplatz ist für Behinderte nicht zu erreichen und nicht zu nutzen.

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf lobt ihn im Internet trotz der Mängel mit den Worten »Im Hochsommer besonders beliebt ist diese schattige Oase, die durch Grünpflanzen vom Verkehr abgeschirmt ist.«

Dissens besteht über die Folgerung: Auch durch den nicht behindertengerechten Zugang zum Spielplatz läßt sich ein Totalumbau des gesamten Platzes nicht begründen.

Die Bürgerinitiative weist darauf hin, dass die erhöhte Lage und die Stufe innerhalb des Spielplatzes offenbar auf einer unter dem Spielplatz liegenden Transformatorstation und einem Höhenunterschied der Decke dieser Trafostation beruhen.

Diese Trafostation ließe sich nur mit erheblichem Aufwand umsetzen. Die Kosten für eine solche Umsetzung – eine Zustimmung des Netzbetreibers mal unterstellt – ist in den Umbaukosten nicht berücksichtigt.

Ohne Umsetzung der Trafostation ist die in diversen Plänen eingezeichnete ebene Fläche an dieser Stelle technisch nicht möglich.

Die Bürgerinitiative schlägt vor, analog zu 2. die vorhandene Treppe durch eine normgerechte Rampe entweder zu ergänzen oder zu ersetzen oder alternativ einen zweiten, behindertengerechten Zugang zu schaffen.

Der Höhenunterschied im Spielplatz kann beseitigt werden, indem der niedrigere Teil auf einheitliches Niveau aufgeschüttet wird.

Es ist wieder eine Kostenfrage, ob man den Sandboden im Spielplatzbereich behält oder eine gemischte Bedeckung des Bodens mit Sand, Steinen und Mulche – wie auf dem Spielplatz Xantener Straße – wählt.

Der Spielplatz kann nach Norden vergrößert werden, wenn der direkt an den Weg angrenzende Parkplatzbereich mit ca. 10 Stellplätzen dafür genutzt wird.

Bei der Diskussion über den Spielplatz wurde vom Bezirk ein speziell für die Bedürfnisse behinderter Kinder ausgestatteter Spielplatz gefordert. Dass der vergleichsweise kleine, enge und an allen Seiten von hoher Wohnbebauung umgebene Olivaer Platz dafür geeignet sein soll, wird kritisch gesehen. Nach Ansicht der Bürgerinitiative wäre es deutlich sinnvoller, einen solchen Spielplatz im fast fünfmal größeren Preußenpark einzurichten.

4 Beleuchtung des Nord-Süd-Weges

Konsens besteht darüber, dass insbesondere der Nord-Süd-Querweg von der Bayerischen Straße zur Wielandstraße mit einer einzigen und etwas abseits stehenden Leuchte schlecht beleuchtet ist. Die beiden weiteren im Parkbereich vorhandenen Leuchten sind heute ohne direkt erkennbaren Nutzen verteilt, weitere beim Umbau 1960 installierte Beleuchtungen wurden in den achtziger Jahren ersatzlos abgebaut. Eine Beleuchtung des gesamten Platzes widerspricht den Grundsätzen des Landes Berlin und ist nicht erwünscht.

Dissens besteht über die Folgerung: Durch den dunklen Querweg läßt sich ein Totalumbau des gesamten Platzes nicht begründen.

Die Bürgerinitiative sieht die beiden an anderer Stelle auf dem Platz vorhandenen Leuchten als technisch noch brauchbar an, sie können kostengünstig an diesen Querweg umgesetzt werden. Mit drei Leuchten wäre dieser Weg dann vorzüglich beleuchtet, gegenüber dem heutigen Zustand entstehen dafür im Betrieb keine Mehrkosten.

Für diesen Querweg wären Leuchten auch nach den Grundsätzen des Landes Berlin zulässig, für den sonstigen begrüneten Platzbereich ist eine Beleuchtung nicht erforderlich.

5 Weitere Querung von der Bregenzer Straße

Konsens besteht, dass heute ein »Trampelpfad« von der Bregenzer Straße nach Norden zum vorhandenen Nord-Süd-Weg besteht.

Die Bürgerinitiative hält einen solchen befestigten Weg für erforderlich.

6 Mauern

Konsens dürfte vermutlich darin bestehen, dass die Planer des Platzes seinerzeit mit den Mauern mehrere Zwecke verfolgten:

- a) Mauern schützen vor Lärm – an Autobahnen und Eisenbahnstrecken nennt man sie Lärmschutzwände.
- b) Mauern schützen vor Luftzug – sie ermöglichen auch bei windigem Wetter ein Aufenthalt auf davor aufgestellten Bänken.
- c) Nach Süden und Südwesten ausgerichtete Mauern heizen sich im Frühjahr und Herbst durch die flacher stehende Sonne auf und geben die Wärme dann wieder ab. Wie b) ermöglichen sie somit die Nutzung davor aufgestellter Bänke auch in diesen Monaten.

Dissens besteht über die Bewertung der Kehrseite der Schutzwirkung: Mauern sind jeweils nur von einer Seite einsehbar.

Die Bürgerinitiative sieht die Mauern als Bestandteil der Gestaltungsprinzipien und gewichtet die Vorteile der Mauern insgesamt deutlich höher. Die Bedenken der Befürworter eines radikalen Umbaus hinsichtlich fehlender Sicherheit beruhen auf vagen Befürchtungen und nicht auf Tatsachen: Nach Angaben des Leiters des Polizeiabschnittes ist der Platz heute – trotz der Mauern – hinsichtlich Drogenkriminalität unauffällig und nicht annähernd so belastet wie andere Plätze im Bezirk.

Nach Ansicht der Bürgerinitiative können aber dort, wo Mauern Ecken und Winkel bilden, Mauerteile entfernt werden, um dem Angstgefühl einzelner Bürger zu begegnen. Gleichfalls kann die von drei Seiten umschlossene und damit schwer einsehbare Skatecke im Westteil des Platzes geöffnet werden oder ganz entfallen.

Der Anblick der heute wild verschmierten Mauern kann auf zwei Wegen verbessert werden:

- a) Durch davor gesetzte Rankpflanzen wie z. B. Efeu, dies wäre kostengünstig und ökologisch vorteilhaft.
- b) Durch bewußte Freigabe der Mauern für Malereien, entweder durch einen Kindergarten oder durch bekannte Graffiti-Künstler.

7 Bänke

Konsens dürfte darin bestehen, dass Bänke grundsätzlich einen längeren Aufenthalt auf dem Platz ermöglichen. Ebenfalls unstrittig ist der heutige überwiegend schadhafte Zustand der Bänke auf dem Platz.

Die Bürgerinitiative weist zunächst darauf hin, dass die stellenweise noch vorhandenen Bank-Fundamente beweisen, dass ursprünglich wesentlich mehr Bänke aufgestellt waren. Beschädigte Bänke wurden offensichtlich ersatzlos abgebaut.

Die Bürgerinitiative weist weiterhin darauf hin, dass Steinbänke wie auf dem Mittelstreifen der Tauentzienstraße beim in Berlin üblichen Klima nur an wenigen Tagen im Jahr und dann nur kurzfristig genutzt werden können. Ebenso wie die Steinwürfel zum Sitzen auf dem Friedrich-Hollaender-Platz (früher Rankeplatz) sind Steinbänke nicht nur gesundheitsgefährdend kalt, sondern wegen der fehlenden Lehnen auch extrem unbequem. Beide vom Bezirk in den letzten Jahren aufgestellte Plan-Varianten mögen zwar auf den Visualisierungen der Architekten gestylt aussehen, zu einem »längeren Verweilen« laden die Steinbänke gerade nicht ein.

Die Bürgerinitiative fordert, wieder in ausreichender Anzahl Bänke mit Lehnen aufzustellen, die tatsächlich einen längeren Aufenthalt ermöglichen.

8 Beete

Konsens besteht vermutlich darüber, dass bepflanzte Beete allgemein die Aufenthaltsqualität eines Platzes steigern. Bei entsprechend ausgesuchten und zu unterschiedlichen Perioden blühenden Pflanzen bieten sie über eine längere Zeit des Jahres einen angenehmen Anblick und haben durch Blüten und Früchte einen hohen ökologischen Nutzwert für Insekten und Vögel.

Der ökologische Nutzen selbst einer viel größeren Rasenfläche ist als Monokultur erheblich geringer.

Konsens wird auch weiterhin darüber bestehen, dass Beete pflegeintensiver und damit vergleichsweise teurer sind als eine in jeder Hinsicht billige Rasenfläche.

Die Bürgerinitiative sieht die Mauern, die davor stehenden Bänke und die im direkten nahen Sichtfeld liegenden Beete als eine gestalterische Einheit.

Die Beete wie geplant an eine Stelle zu versetzen, bei der sie nur »im Vorübergehen« wahrgenommen werden können, wäre eine unvorteilhafte Lösung.

Auch die vorhandenen Einfassungen der Beete geben Sinn: Zumindest die kleineren Hunde werden dadurch abgehalten, ihre Haufen in die Beete zu setzen.

Die Beete sollten daher mit den Einfassungen ebenfalls erhalten bleiben. Während der Zustand der für die sechziger Jahre typischen Waschbeton-Einfassungen recht gut ist, sind die stellenweise vorhandenen Holzeinfassungen verwittert. Nur diese müssten durch eine Einfassung aus dauerhaftem Material ersetzt werden.

9 Das geplante Café

Konsens besteht darüber, dass ein Café auf einem Platz diesen beleben kann.

Konsens wird weiterhin darüber bestehen, dass derzeit rund um den Olivaer Platz kein Mangel an Möglichkeiten besteht, zu essen und zu trinken – vom einfachen Imbiss auf dem Platz bis zum gehobenen Restaurant gibt es alle Geschmacksrichtungen und Qualitäts- und Preisklassen.

Dissens besteht darüber, ob die Baukosten für ein solches Café auf dem Olivaer Platz privat finanziert und dieses Café anschließend rentabel betrieben werden kann.

Dabei dürfte wieder Einigkeit bestehen, dass die heutigen gesetzlichen Ansprüche an die bauliche Ausstattung eines Cafés hoch sind und entsprechend hohe Baukosten verursachen. Diese Baukosten und zusätzlich die Kosten für die gewünschte öffentlich zugängliche Toilette belasten jede Kalkulation.

Die Bürgerinitiative weist zunächst darauf hin, dass die Ausgaben für nicht-häusliche Mahlzeiten in einem bestimmten Gebiet ein »Nullsummenspiel« sind: Heute nimmt sowohl ein Teil der Anwohner und der in der Nähe des Platzes Beschäftigten als auch Touristen eine Mahlzeit in einer der Gaststätten rund um den Platz ein oder versorgt sich mittags mit einem Imbiss und nimmt diesen – bei entsprechendem Wetter – auf dem Platz ein.

Bei einem zusätzlich gebauten Café werden aber weder mehr Anwohner und Angestellte am Platz essen noch Touristen zusätzlich den Platz aufsuchen. Die Anzahl der insgesamt eingenommenen Mahlzeiten und

der Getränke wird somit gleich bleiben. Jeder Besucher eines zusätzlich gebauten Cafés fällt daher bei den heute vorhandenen Gaststätten aus und verringert dort den Umsatz.

Die Bürgerinitiative war und ist gegen eine verstärkte Kommerzialisierung des Platzes und sieht das Café auf dem Olivaer Platz wie das 2012 auf dem Lehniner Platz geplante und bis heute nicht gebaute Café als nicht finanzierbares Luftschloß an.

Sollte es gebaut werden, gefährdet es bestehende Unternehmen.

Die Bürgerinitiative weist zusätzlich darauf hin, dass eine im Sommer 2016 in der Presse verbreitete Meldung über einen jetzt gefundenen privaten Investor für ein Café am Lehniner Platz entweder so nicht stimmt oder den Versuch einer vorsätzlichen Täuschung darstellt: Bei dem genannten Investor handelt es sich um eine privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaft im 100 %-igen Eigentum der Berliner Verkehrsbetriebe BVG. Diese ist aber ein Eigenbetrieb des Landes Berlin und gerade *kein* privater Investor. Die BVG unterliegt politischem Einfluß, von einer Tochtergesellschaft der BVG erwirtschaftete Verluste belasten mittelbar den Landeshaushalt.

10 Sanitäranlage

Konsens besteht darüber, dass derzeit der Platz auch deshalb weniger attraktiv ist, weil er stellenweise als (kostenlose) öffentliche Toilette mißbraucht wird.

Das ursprünglich an der Westseite vorhandene Toilettenhäuschen wurde vor Jahren ersatzlos entfernt.

Konsens besteht weiterhin darüber, dass eine öffentliche Toilette auf dem Platz notwendig ist.

Dissens besteht darüber, den Bau dieser Toilette mit dem Bau des Cafés zu verbinden.

Die Bürgerinitiative sieht – wie ausgeführt – das Café als nicht finanzierbar an, in diesem Fall würde es auch weiterhin keine öffentliche Toilette geben.

Da die früher üblichen kostenlosen Toiletten nicht mehr gebaut bzw. nicht mehr unterhalten werden, bleibt für die Bürgerinitiative nur der Bau einer »City-Toilette« auf dem Platzgelände. Bau und Unterhalt wären für den Bezirk nicht mit Kosten verbunden, die von der Firma Wall verlangte Genehmigung zur Werbung wäre das kleinere Übel.

Der Bezirk hat diesen Vorschlag pauschal abgelehnt („Vereinbarung mit Wall ist ausgelaufen“) und nicht erkennen lassen, dass die Möglichkeit einer weiteren City-Toilette und ihrer Finanzierung bisher auch nur geprüft wurde.

11 Parkplatz

Konsens besteht darüber, dass ein Platz in einem dicht bebauten Wohnquartier die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Gruppen unter den Anwohnern berücksichtigen soll. Dabei ist ebenfalls Konsens, dass diese Interessen sich teilweise widersprechen und niemals alle Interessen gleichzeitig und gleichrangig berücksichtigt werden können. Es ist in jedem Fall ein Kompromiß erforderlich.

Dissens besteht darüber, ob die vorgesehene Verringerung der Parkplätze einen solchen Kompromiß darstellt.

Die Bürgerinitiative sieht die *heutige Platzaufteilung* als einen ausgewogenen Kompromiß zwischen den unterschiedlichen Gruppen von Anwohnern an. Im vorgesehenen Wegfall von über 60 der heute intensiv genutzten Parkplätze sieht die Bürgerinitiative zuerst eine Mißachtung der Interessen der vielen in den umliegenden Altbauten wohnenden Anwohner mit einem Auto. Diese sind faktisch auf Parkplätze auf der Straße angewiesen, deren Anzahl aber nicht annähernd ausreicht.

Gleichfalls werden die Interessen vieler Gewerbetreibenden und Freiberufler mit einer Arbeitsstelle in der Umgebung des Platzes mißachtet, die entweder selbst ein Auto für ihre Arbeit benötigen oder einen nennenswerten Anteil von Kunden haben, die Auto fahren. Nach allen Erfahrungen reagiert ein erheblicher Teil der Kunden auf fehlende Parkplätze durch Auswahl eines anderen, besser erreichbaren Betriebes.

Die Bürgerinitiative weist darauf hin, dass der Parkplatz seinerzeit offenbar bewußt an der Stelle der früher auf diesem Teil des Platzes vorhandenen Wohnbebauung angelegt wurde: Nach dem vom Bezirk eingeholten Umweltgutachten ist das mit Trümmerschutt durchsetzte Erdreich unter dem Parkplatz mit Schadstoffen belastet. Von diesen geht heute durch die Versiegelung der Oberfläche durch den Parkplatz keine Gefahr für das Grundwasser aus. Wird diese Versiegelung – wie geplant – aufgehoben, ist der Gefahr einer Verseuchung des Grundwassers durch einen Bodenaustausch zu begegnen.

Die erheblichen Kosten dafür sind in der Kalkulation nicht berücksichtigt, die Planung somit unehrlich.

12 Tiefgarage

Konsens besteht darüber, dass die immer wieder in Diskussionen erwähnte Tiefgarage aus öffentlichen Mittel nicht finanzierbar wäre.

Die Bürgerinitiative lehnt eine Tiefgarage ab, da sie ohne eine Zerstörung der heutigen Platzanlage nicht zu bauen wäre und bei privater Finanzierung außerdem zu einer nicht gewünschten Kommerzialisierung eines öffentlichen Platzes führen würde.

13 Fördermittel verfallen?

Konsens besteht darüber, dass die zum Total-Umbau eingeplanten Mittel teilweise aus dem Bund-Länder-Programm »Aktive Zentren« stammen, die termingebunden sind. Nach Angaben des Bezirkes von 2014 sollte die Zusage verfallen, sofern nicht 2015 unmittelbar mit der Umsetzung begonnen wird.

Dissens besteht darüber, ob

a) Eine Umwidmung der Förder-Zusage auf eine bestandswahrende Renovierung des Platzes möglich ist. Dies wurde vom Bezirk seinerzeit bestritten.

Es wurde aber nicht angegeben, ob dies Bestreiten auf einer reinen Vermutung oder auf einer tatsächlich abschlägig beschiedenen Anfrage bei den Trägern des Programmes beruht.

b) Ob der bei Ausfall des Bundes-Anteils verbleibende Anteil Berlins (der ja im Haushalt eingeplant sein müsste) zu einer bestandswahrenden Renovierung ausreicht und dafür eingesetzt werden kann.

Die Bürgerinitiative sieht im Bund-Länder-Programm »Aktive Zentren« keine Verpflichtung zu speziellen Maßnahmen. Nach Berichten im Internet wurden aus diesem Programm unterschiedlichste Vorhaben gefördert, z. B. auch die Renovierung eines Parkhauses.

Das Ziel einer Aktivierung des heute verkommenen Platzes durch eine

Renovierung ohne Total-Umbau wäre förderfähig und die Änderung des Planes wäre durch den offensichtlichen Bürgerwillen gut zu begründen.

Selbst bei einer Ablehnung einer Planänderung durch den Bund müsste der im Berliner Haushalt eingeplante Anteil des Landes Berlin für die vorgeschlagene bestandswahrende Renovierung ausreichen und könnte im Haushalt umgewidmet werden. Dieser Weg erscheint auch politisch durchsetzbar.

Offenbar fehlt aber der Wille der Verantwortlichen im Bezirk, eine Förderung alternativer Konzepte unvoreingenommen zu klären.

In jedem Fall sind auch vom Bund bereit gestellte Mittel Steuergelder, die sparsam zu verwenden sind.

Inzwischen hat der Bezirk die Umgestaltung der südlichen Straßenseite – i. w. Quer- anstelle von Längsparkplätzen, etwas Bordsteinkosmetik sowie einige Aufpflasterungen – als »Beginn der Baumaßnahmen« im Sinne des Programmes bezeichnet. Danach müssten die Restmittel bis Ende 2017 abgerufen werden.

Die Kosten für diesen völlig unnötigen und in jeder Hinsicht mißlungenen Straßenumbau wurden im Januar 2015 mit rund 300.000 € beziffert. Nach einem Schreiben des damaligen Bezirksstadtrates Schulte vom 21. Mai 2015 wurde bereits mit Kosten von 350.000 € gerechnet und am 18. Juni 2015 wurden die „projektierten Kosten“ von ihm mit 440.000 € angegeben. Diese in wenigen Monaten um 46,7 % gestiegenen Kosten bestätigen den Eindruck, dass hier ohne präzise Kostenbetrachtung ideologische Forderungen umgesetzt werden sollen.

Bürgerinitiative Olivaer Platz e.V.

Postanschrift: Bürgerinitiative Olivaer Platz e.V. Duisburger Str. 4 10707 Berlin

Web: www.buergerinitiative-olivaer-platz.de **Mail:** olivaer-platz-retten@online.de

Facebook: Retten wir den Olivaer Platz

Telefon: Raimund Fischer, 887 027 46

Vereinsregister: Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) VR 34429 B
